

Wahlprüfstein DIE LINKE

Bundesverband für Teilnehmergeinschaften e. V.
Republikstraße 45
39218 Schönebeck

Ländliche Räume

Gemeinsam für einen starken ländlichen Raum

Was müsste nach Ihrer Auffassung getan werden, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum zu erreichen?

Zu gleichwertigen Lebensverhältnissen gehört für DIE LINKE existenzsichernd bezahlte Arbeit in den Dörfern und kleinen Städten und die Sicherung einer bedarfsgerecht ausgebauten öffentlichen Daseinsvorsorge, z. B. Kinderbetreuung, Schulen, Bus- und Bahnverbindungen, ambulante und stationäre Gesundheitsbetreuung, schnelles Internet, bezahlbarer Wohnraum, Bibliotheken, Öffentliche Banken, Briefkästen, Kulturangebote, etc. Das Leben in ländlichen Räumen muss vor allem für Frauen attraktiver werden. Die Probleme, die mit der Abwanderung insbesondere von jungen, gut ausgebildeten Frauen in strukturschwachen Regionen verbunden sind, lassen sich nur lösen, wenn politische Maßnahmen stärker auf die Bedürfnisse von Frauen in ländlichen Räumen fokussiert und öffentliche Gelder geschlechtergerechter verteilt werden.

Wären Sie bereit, für die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ zu einer Gemeinschaftsaufgabe „Entwicklung des ländlichen Raums“ einer Grundgesetzänderung zuzustimmen? Was spricht Ihrer Meinung nach dafür bzw. dagegen?

Die LINKE kann sich eine solche Weiterentwicklung vorstellen. Dazu wäre eine Grundgesetzänderung notwendig. Der größte Vorteil würde in einer stärkeren Kohärenz der verschiedenen Politikbereiche liegen, die Auswirkungen auf die ländlichen Räume haben. Viele politische Entscheidungen lassen heute diese Kohärenz vermissen. Besonders deutlich wurde das zuletzt in der Politik zur Förderung der erneuerbaren Energien. Steuer-, Energie-, umwelt- und standortpolitische Fragen wurden sehr widersprüchlich gelöst. Hier könnte eine „Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung des ländlichen Raums“ Verbesserungen bewirken.

Wie hoch schätzen Sie den Bedarf an zusätzlichen Fördermitteln für die Gemeinschaftsaufgabe zur Finanzierung neuer Fördertatbestände im Zusammenhang mit der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ländlichen Raum?

Es gibt keine fixe Größe, um einen zusätzlichen Förderbedarf festzulegen. Allerdings sind eine Reihe von Problemen zu lösen, die höhere Förderausstattung erfordern. So zum Beispiel in der Anpassung an den Klimawandel, in der Frage der Energieeffizienz und in der Freisetzung von Treibhausgasen durch die Landwirtschaft. Hier ist auch in Anlehnung an die neuen politischen Schwerpunkte auf europäischer Ebene zusätzlicher Förderbedarf zu erkennen. Allerdings geht es nicht nur um mehr Geld für die Landwirtschaft, sondern auch um sinnvoller ausgegebenes Geld durch andere

Prioritätensetzungen. An erster Stelle sind aus Sicht der LINKEN eingesparte Förderungen aus anderen EU-Förderprogrammen - wie zum Beispiel der Exportsubventionen – einzusetzen.

Wie sollte nach Ihrer Auffassung das bewährte Instrumentarium der Flurbereinigung modifiziert werden, um eine umwelt-, wirtschafts- und sozialpolitisch nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums (Ziele von Göteborg) unterstützen zu können?

Die Flurbereinigung bleibt ein wichtiges Instrument zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums. Sie war und ist allerdings stark ausgerichtet auf betriebliche Rationalisierungsbedürfnisse der Landwirtschaft. Eine bessere Berücksichtigung der vielfältigen weiteren Funktionen der ländlichen Räume (z.B. Erholung in der touristischen Landnutzung, Erhalt der biologischen Vielfalt, Kulturlandschaft, Wassermanagement) muss mit einer Modifizierung der Flurbereinigung erreicht werden.

Wie kann Ihrer Meinung nach erreicht werden, dass bei einer Erweiterung des Förderspektrums die Landwirtschaft entsprechend ihrer zentralen Rolle im ländlichen Raum auch zukünftig berücksichtigt wird?

Die LINKE tritt für die Absicherung der 1. Säule der Direktzahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe ein. Diese müssen künftig allerdings stärker an ökologische und soziale Kriterien gebunden sein. Über die 1. Säule haben die Betriebe eine Absicherung der Mittelzuwendungen, die für eine nachhaltige Planung der Betriebe unbedingt notwendig ist. Die bereits heute vorhandenen vielfältigen Programme zur Förderung des ländlichen Raums kommen zum großen Teil landwirtschaftlichen Antragstellerinnen und Antragstellern zu Gute. Hier ist die Programmatik zu öffnen und der Kreis möglicher Fördermittelempfänger zu vergrößern, aber gleichzeitig müssen nachhaltigere Effekte im Interesse der gesamten Gesellschaft gesichert werden. Insbesondere Frauen in ländlichen Räumen sind bei der Fördermittelvergabe benachteiligt. Hier ist aus Sicht der LINKEN dringender Nachbesserungsbedarf.